

Frankfurt
12. August 2012

Riederwaldtunnel Bürger verlangen Bauaufschub

Von Andreas Müller



Auch dieser Demonstrant fürchtet mehr Verkehrslärm.
Foto: Andreas Arnold

Der Protest gegen die Autobahn-Pläne wird größer. Fast 100 Bürger beteiligen sich an der Protestaktion am Samstag. Sie warnen davor, vor einer endgültigen, gerichtsfesten Planfeststellung, eine Baustelle einzurichten.

Wir müssen doch unsere Stacheln aufstellen. Sonst entsteht nach außen hin der Eindruck, wir sind zufrieden. Das ist ganz und gar nicht so.“ Hanna Letsch, die 82-jährige Riederwälderin aus der Seniorenwohnanlage am Erlenbruch, hatte sich am Samstag in Sachen Riederwald-Autobahn wie selbstverständlich unter die Demonstranten gemischt.

Anders als bei der Protestaktion neun Tage zuvor beteiligten sich fast 100 Bürger. Diesmal stand nicht so sehr das Schicksal von 51 bereits verlassenen Kleingärten am Erlen- und Teufelsbruch im Vordergrund, die in den nächsten Tagen geplant werden sollen. Das sei „nur der Anlass“ für die neuerliche Aktion, so Friedhelm Ardelt-Theeck vom „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA).

Demo gegen Riederwaldtunnel



Bildergalerie (13 Bilder)

Die Riederwälder demonstrieren am Samstag gegen den Riederwaldtunnel und für einen Aufschub des Autobahnbaus bis zur Baureife der Einhausungen. Das Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn hatte dazu aufgerufen.

„Viele denken, mit den Arbeiten für den Tunnel geht es jetzt los. Das ist Unsinn. Gar nichts kann losgehen. Das Planungsrecht dafür ist weit und breit nicht in Sicht“, betonte der AUA-Sprecher und klärte lautstark über die grundsätzliche Situation auf. Nachdem bisher vorgelegte Zahlen einer

kritischen Prüfung nicht standhalten konnten, wird vom Land Hessen frühestens Anfang nächsten Jahres ein neues Gutachten erwartet. Die neue Prognose zum künftig erwarteten Verkehr für die Autobahnverbindung zwischen A 661 und A 66 wird zwangsläufig zugleich die prognostizierten Lärm- und Schadstoffbelastungen nach oben schnellen lassen. Das wiederum dürfte die Diskussion um den optimalen Schutz für die Anrainer neu beleben.

35.000 Euro für Anwälte ausgegeben

„Zumal wir die neuen Zahlen wiederum sehr kritisch prüfen werden“, so Ardelt-Theeck. Mehr als 35.000 Euro hat das Bündnis bisher schon für Anwälte und Gegengutachten berappen müssen. Nun drohen weitere Ausgaben, die allein über Spenden bestritten werden müssen. Allein aus finanziellen Gründen wäre es den kritischen Begleitern des Großprojekts lieb, wenn die Macher von „Hessen Mobil“ im Zuge des erwarteten Verkehrsgutachtens einsichtig auf eine Kompletteinhausung umschwenkten, wie sie zum Beispiel ebenfalls der Ortsbeirat 11 (Fechenheim, Riederwald, Seckbach) verlangt.

Zugleich tritt das Stadtteilparlament gemeinsam mit dem Ortsbeirat 4 (Bornheim, Ostend) für einen sogenannten Bauaufschub ein. Eine Baustelle einzurichten, wo noch völlig unklar sei, was und wie genau eigentlich gebaut werden soll, sei Unsinn, betonten die Stadtteilpolitiker des 11ers, Thomas Dorn (Grüne) und Jan Klingelhöfer (SPD), auf der Demo. Für die Menschen an dieser Trasse, die laut Dorn „ja an sich schon der totale Wahnsinn ist“, müsse das Bestmögliche herausgeholt werden.

Sämtliche Demonstranten mahnten am Samstag eindringlich, bis zur endgültigen, gerichtsfesten Planfeststellung keinerlei Eingriffe in Fauna und Flora an entlang der geplanten Stadtteilautobahn zuzulassen. „Auch das gehört zum Schutz der Menschen, die hier leben“, so der Grüne Thomas Dorn. Die hohen Pappeln und Birken am Erlenbruch wiegten ihre Wipfel im Wind, ganz so, als hätten sogar sie die Botschaft verstanden.

Quelle: <http://www.fr-online.de/frankfurt/riederwaldtunnel-buerger-verlangen-bauaufschub,1472798,16869982.html>

Kommentare:

13.08.2012

19:55 Uhr

karlheinzreinelt sagt:

Der Fraktionsführer der Partei ‚Die Linke‘ im Ortsbeirat 11 (Fechenheim, Seckbach, Riederwald), Stefan Klee, verjuxt zurzeit seine vom Steuerzahler fürstlich budgetierte „Aufwandsentschädigung“ für seine zwar verpflichtende, aber überhaupt nicht leistbare Ortsbeiratsarbeit während seiner privaten insgesamt 7 Monate dauernden Auslandsspaßreise. Deutlicher und ungenierter kann ein Ortsbeiratsmitglied der Linken, vor allem der Riederwälder Anwohner, nicht vor Augen führen, dass seine privaten Interessen absoluten Vorrang vor der Verteidigung des Interesses der Wohnbevölkerung an optimalem Schutz vor den Lärm- und Schadstoffemissionen der vom Lückenschluss zwischen der A66 zur A661 zu erwartenden zusätzlichen 100 000 Kraftfahrzeugbewegungen. Dagegen sehen sich die beiden Stadtteilpolitiker des Ortsbeirates 11, Thomas Dorn (Grüne) und Jan Klingelhöfer (SPD) kraft ihres Mandats zu ihrer Aufgabe verpflichtet, die Beziehungen der Bürgerschaft von Fechenheim-Nord, dem Riederwald und Seckbach zu den Organen der Stadt und dem vom Bund mit dem Projekt „Riederwaldtunnel“ beauftragten Straßen- und Verkehrsmanagement des Landes Hessen zu fördern. Die 11er Ortsbeiräte setzen sich nachdrücklich im Interesse der Anwohner der künftigen Bundesautobahn-Lückenschlusses zwischen der A 66 und A 661 und der sogenannten Ostumgehung von Seckbach dafür ein, dass ‚Hessen Mobil‘ zuvörderst ein Gesamtkonzept entwickelt, das auf dem belastungsfähigen Verkehrsprognosehorizont des Jahres 2025 fußt und die entsprechenden Sicherungsvorkehrungen gegen die voraussichtliche Lärm-, Abgas- und Feinstaubbelastung einplant, statt aktionistisch ein Gesamtkonzept vorzugauckeln, das nicht einmal durch mehrfache Nachbesserungen überzeugen kann. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im OBR 11, Thomas Dorn forderte zudem im Namen der betroffenen Autobahn-Anwohner zu Recht, bis zur endgültigen, gerichtsfesten Planfeststellung keinerlei Eingriffe in Fauna und Flora an entlang der geplanten Stadtteilautobahn zuzulassen, denn auch das gehöre zum Schutz der Menschen, die hier im Ortsbezirk leben. Die Trasse mitten durch bewohntes Gebiet, die ein äußerst wertvolles Biotop zerstört, ist laut

Dorn in der Tat „ja an sich schon der totale Wahnsinn“ und bringt meiner Meinung nach mitnichten die erhoffte Verkehrsberuhigung auf der Straße „Am Erlenbruch“, die als Kreisstraße klassifiziert ist, damit in der Rangordnung unter einer Landesstraße steht, aber höherrangiger als eine Gemeindestraße ist und sich in der Baulast der kreisfreien Stadt Frankfurt befindet. Die Autobahn A 66 einschließlich des „Riederwaldtunnels“ ist für die Entlastung des innerörtlichen Verkehrs auf der Kreisstraße der kreisfreien Stadt Frankfurt am Main nahezu irrelevant, da die Gewerbe-, Industrie- und Wohngebiete der Stadtteile Seckbach, Enkheim, Fechenheim-Nord, sowie das Wohngebiet Riederwald nach wie vor verkehrsmäßig durch die Kreisstraße „Am Erlenbruch“ erschlossen bleiben müssen, wie der heutige Chemieunfall im Riederwald augenfällig macht. Die Stadtteile werden aber durch die zusätzlichen 100 000 Kraftfahrzeugbewegungen nach Fertigstellung der Autobahn enorm belastet. Auch diesbezüglich grenzt es schon an reinen Zynismus, dass ‚Die Linke‘ nicht nur durch Abwesenheit glänzt, sondern sich mit ihrer angeblichen, programmatischen Orientierung an „sozialökologischer Nachhaltigkeit“ selbst verhöhnt.